Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 462 — MITTWOCH, 27. SEPTEMBER 1933 — ABEND-AUSGABE

Simon eröffnet die Debatte

Ein Antrag Haitis zur Minderheitenfrage

Sonderbericht der Vossischen Zeitung

FS GENF, 27. SEPTEMBER

Heute nachmittag wird die Generaldiskussion der Völkerbundsversammlung eröffnet. Als erster Redner steht Sir John Simon auf der Liste. Es folgt Dr. Dollfuß und danach wird der Vertreter Kanadas das Wort ergreifen. Es heißt, daß Paul-Boncour morgen sprechen wird.

Der Vertreter Haitis, der Spanier Frangulis, hat sich noch nicht auf die Rednerliste setzen lassen, obgleich er an die Versammlung einen Antrag zur Minderheitenfrage eingebracht hat. Dieser Antrag bezweckt ein Doppeltes, erstens die allgemeine Ausdehnung des Minderheitenschutzes auf alle Staaten. Ein solcher Gedanke ist im Völkerbund schon des öfteren erörtert worden, hat aber erfahrungsgemäß keine Aussicht auf Annahme, weil die einzelnen Mächte solche Bindungen anzunehmen nicht geneigt sind: England, weil es keine Verpflichtungen für seine Kolonien zu übernehmen gedenkt, Frankreich wegen Elsaß-Lothringen und Italien wegen der Minderheiten auf seinem Gebiet. Deutschlands Politik in dieser Frage war stets, daß es gegen eine Generalisierung des Minderheitenschutzes nichts einzuwenden hätte, wenn die anderen Mächte ebenfalls die betreffenden Schutzbestimmungen annehmen.

Der haitianische Antrag verlangt in seinem zweiten Teil etwas Neues, nämlich die Einsetzung einer Geschäftsstelle des Völkerbundes, die sich mit der Emigration der Minderheiten befassen soll.

Die Reichsminister Dr. Neurath und Dr. Goebbels sind heute abend bei dem Genfer Patrizier Burckhardt, einem Nachkommen des berühmten Historikers, zu Gaste geladen. An das Essen schließt sich ein Empfang an, bei dem die führenden Persönlichkeiten der Genfer Gesellschaft erscheinen werden. Auch der schweizerische Bundespräsident Motta, den die Regierungsgeschäfte nach Bern gerufen hatten, wird in Genf wieder eintreffen und unter den Gästen erscheinen.

Zwischen Moskau und Paris

Bericht der Vossischen Zeitung

Sn WARSCHAU, 25. SEPTEMBER

Die polnische Nationaldemokratie läßt triumphierende Fanfaren hören, daß ihre außenpolitische Konzeption nun endlich gesiegt habe, daß die Politik oder die Politiker des Pilsudski-Lagers zur Höhe der nationaldemokratischen Weisheit „herangereift" seien. „Die Orientierung Polens mit der Front gegen Westen" sei heute Dogma aller polnischen Politik geworden; die Unterschiede zwischen Pilsudski-Anhängern und Nationalisten seien überwunden, der frühere „Orientierungsstreit" durch die einstimmige Annahme der Losung „Front gegen Deutschland" entschieden und die „Ostorientierung" eine vollendete Tatsache. Das führende Parteiorgan der russophilen Rechten meint bereits, die prorussische und antideutsche Einstellung, die jetzt auch von der Regierung akzeptiert sei, müsse die „Ideologie des Föderalismus" — also die Konzeption des Pilsudski-Lagers — vernichten. In diesem ganzen Lärm ist der Wunsch gar zu sehr der Vater des Gedankens: von einer Kursänderung der Pilsudskischen Außenpolitik zu einer „Ostorientierung" im Sinne der Nationaldemokratie ist vorerst keine Rede. Die polnische Regierung hat zu einer Besserung der polnisch-russischen Beziehungen, um die sich Moskau lebhaft bemühte, willig die Hand geboten und hat dadurch für sich selbst eine gewisse Entspannung im Osten erreicht. Das ist etwas wesentlich anderes als das, was man unter nationaldemokratischer „Ostorientierung" versteht.

Die historische Aufgabe

Nach wie vor stehen sich die nationaldemokratische und die Pilsudskistische Anschauung über die historische Rolle und Aufgabe des neuen polnischen Staates unversöhnlich und unvereinbar gegenüber. Die Gegensätze der beiden großen Lager sind auf außenpolitischem Gebiete ebensowenig ausgeglichen wie auf allen anderen Gebieten. Man braucht nicht allen Phasen und Einzelheiten der Vorkriegsprogramme und der Programme während des Weltkrieges nachzugehen, man kann den Streit als müßig betrachten, seit wann die Nationaldemokratie vom Ideal der „Autonomie unter Zarenzepter" zur Bejahung eines selbständigen polnischen Staates gekommen ist — die Grundideen sind in beiden Lagern immer die gleichen geblieben und gelten noch heute. Für die nationalistische Rechte hat Polen die einzige Pflicht und Aufgabe, im Osten Europas der „Gendarm Frankreichs" zu sein, das „Weichsel-Paris" und das „Weichsel-Frankreich", die östliche Dependance des in erster Linie durchaus gefühlsmäßig, nicht aus nüchternen politischen Erwägungen verehrten und bewunderten Frankreichs reaktionärer und nationalistischer Observanz. In dieser Politik des „getreuen Vasallen" sieht man nicht nur den besten, sondern den einzigen Schutz für den Bestand Polens in den Grenzen von Versailles. Gemeinsame, tiefgewurzelte Deutschfeindlichkeit untermauert dies „ewige Bündnis"; für die Rolle als „anderes Glied der Zange um Deutschland" braucht man selbstverständlich als Rückendeckung gute Beziehungen mit dem heutigen Rußland, enge Beziehungen, Verständigung, Bündnis mit dem Rußland, das man nach dem bolschewistischen erhofft. Pilsudski und seine Anhänger haben es von allem Anfang an, und seit sie regieren, erst recht, abgelehnt, aus dem Warschauer Außenministerium eine — sogar nur zeitenweise und in sehr wechselndem Maße wichtige — Expositur des Quai d'Orsay zu machen. Die starke nationale Kraft des Kampfes für die Unabhängigkeit Polens und des Glaubens an seine selbständige Zukunft lebt und wirkt im Lager Pilsudskis. Auf dieser Seite ist man sehr fest entschlossen, trotz aller Bündnisse, Sympathien und Freundschaften für niemanden die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die Aera Pilsudski unterscheidet sich von früheren, durch die Rechte beeinflußten Regierungen grundsätzlich dadurch, daß man in Warschau polnische Politik macht. Sehr viele polnische Interessen laufen mit französischen parallel; aber die Einstellung zu jeder Einzelfrage wird unter Pilsudski danach bestimmt, was grundsätzlich einmal Polens Vorteil ist. Auch die Zukunft und die gesicherte Existenz Polens wünscht Pilsudski nicht von der Gnade Frankreichs und von dessen heutiger Einstellung zu Versailles und zu Deutschland abhängig zu machen. Pilsudski will für Polen in Europa den Ruf als „Partner", nicht als Exekutivorgan, eines mächtigen Verbündeten. Die Sicherung der heutigen Grenzen Polens sucht er im Ausbau einer achtunggebietenden, militärischen Kraft, für die die Bündnisse Ergänzungen sind, und gegen den russischen Druck im Osten lebt nach wie vor — wenn auch heute zurückgestellt, die Grundidee der Sicherung durch Puffer-

Feierlicher Auftakt zur Nationalsynode

Festpredigt über dem Luthergrab

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WITTENBERG, 27. SEPTEMBER

Die erste deutsche Nationalsynode wurde heute durch einen feierlichen Gottesdienst in der Wittenberger Schloßkirche eingeleitet. Schon in den frühen Morgenstunden waren die Straßen der Luther-Stadt von festlichem Treiben erfüllt. Unter klingendem Spiel zogen die Formationen der SA, unter ihnen ein Sturm junger Theologiestudenten, auf den Marktplatz, wo Landesbischof Müller ein kurzes Wort des Grußes an die evangelische Jungmannschaft richtete.

Unter dem Geläut der Glocken bewegte sich dann ein feierlicher Zug vom Marktplatz zur Schloßkirche, an der Spitze die gesamte Wittenberger Geistlichkeit, dann Landesbischof Müller, geleitet von den Mitgliedern der einstweiligen Kirchenleitung.

Einigung der Herzen

Beim Gottesdienst in der Schloßkirche predigte von der Kanzel, unter der der deutsche Reformator beigesetzt ist, der württembergische Landesbischof Dr. Wurm. Seit dem ersten deutschen evangelischen Kirchentag 1848 — so führte der Bischof aus —, wo zum erstenmal der Ruf nach einer einigen deutschen Kirche erhoben wurde, seien die Führer des deutschen Protestantismus immer wieder in Wittenberg eingekehrt, zum letzten Male im Mai 1932, als der Deutsche Evangelische Kirchenbund sein zehnjähriges Bestehen feierte. Damals hing über Deutschland das drohende Gespenst eines radikalen Umsturzes, heute sei das protestantische Deutschland von Dank gegen Gott erfüllt, daß er die äußerste Gefahr abgewandt und dem deutschen Volk einen großen Führer geschenkt habe.

Wenn nun die evangelische Kirche heute am Ziel ihrer Einigungsbestrebungen stehe, so sei sie sich bewußt, daß die Einigung in der Verfassung sich in einer Einigung der Herzen vollenden müsse; denn die Kirche sei nicht ein Verein, dessen Satzungen man nach Belieben ändern könne, sondern eine Stiftung, deren Wesen von dem Stifter selbst festgelegt sei. Der Bischof berührte dann die ablehnende und gleichgültige Haltung der deutschen Bildungswelt gegenüber der Kirche. Heute sei ein gewaltiger Umschwung eingetreten, und die große Stunde sei gekommen, wo aufs neue der Ruf zur Kirche ein Echo in weitesten Kreisen des Volkes finde.

Begrüßung am Rathausportal

Der Bischof schloß seine Predigt mit dem Gelöbnis, daß die neue Kirche im Gehorsam gegen den ewigen Auftrag ihres Herrn bereit sei, dem von neuer Sehnsucht erfüllten Volk das Evangelium neuer Sprache zu bringen.

Nach Schluß des Gottesdienstes begrüßte vor dem Portal des Rathauses der Oberbürgermeister der Lutherstadt, Faber, den Landesbischof Müller und die einstweilige Leitung der Kirche. Unter den Ehrengästen begrüßte er Ministerialdirektor Buttmann und Oberregierungsrat Dr. Conrad als Vertreter des Reichsministers, Ministerialrat Sabath als Vertreter des Vizekanzlers von Papen, Vizepräsident Heidebrand von der Lahsa als Vertreter des Oberpräsidenten von Magdeburg und der Regierungspräsidenten von Merseburg.

Im Namen der Lutherstadt dankte er der Kirchenleitung, daß sie Wittenberg wieder zum Mittelpunkt des protestantischen Deutschlands machen wolle, und daß die erste deutsche Nationalsynode in ihren Mauern versammelt sei.

Gebet von der Lutherkanzel

Um die Mittagsstunde wurde dann in der Stadtkirche, der Predigtkirche Luthers, die Nationalsynode feierlich eröffnet. Landesbischoff Müller sprach ein Luthergebet und verpflichtete die Mitglieder der Synode auf die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche. In längerer Rede gab er dann einen Bericht über die Tätigkeit der einstweiligen Kirchenleitung.

Die Auswirkung der Kirchenwahlen vom 23. Juli, so führte er aus, habe wiederholte Verhandlungen mit landeskirchlichen und staatlichen Stellen notwendig gemacht. Sodann war die Neuordnung der evangelischen Verbände vorzubereiten, wobei die Kirchenleitung sich von dem Grundsatz leiten ließ, daß kurzfristige Einzellösungen, die einer späteren großzügigen Lösung im Wege gestanden hätten, zu verhindern seien.

Die Regelung der Verhältnisse zu den Landeskirchen und zum Staat war bis zu einem vorläufigen Abschluß zu führen. Insbesondere galt es durch Zusammenlegung der kleineren Landeskirchen eine straffere Einheit der Gesamtkirche zu schaffen. Die Kirchenleitung ging hierbei unter Berücksichtigung der landschaftlichen, standesmäßigen und geschichtlichen Eigenart von dem Grundsatz aus, daß Landeskirchen mit einer geringeren Seelenzahl als einer Million zum Anschluß an eine größere Landeskirche ihres Bekenntnisses aufgefordert und nötigenfalls durch Gesetz veranlaßt werden müßten.

Kirche und Ausland

Eingehend berührte der Landesbischof das Verhältnis der deutschen Kirche zu den außerdeutschen Kirchen. Mehrfach nahmen maßgebende Kirchenführer aus England, Amerika, Ungarn, Dänemark, Frankreich und Polen Gelegenheit, sich durch persönliche Besuche bei der Kirchenleitung zu orientieren, und gaben dabei den Willen zu erkennen, ihrerseits den über Deutschland umlaufenden Falschmeldungen entgegenzutreten.

Auf das Verhältnis der Kirchenleitung zu den deutschen Auslandskirchen und zu den Auslandsgemeinden eingehend, erklärte der Landesbischof: „Obwohl nicht zu leugnen sei, daß für von außer her Sehende das gegenwärtige Geschehen in unsern deutschen Kirchen dem Verständnis sich nicht immer sofort erschließt, so bleibe es um der Einheit des Glaubens willen auch für die neue deutsche evangelische Kirche ein Anliegen, die Verbundenheit im Geist lebendig zu halten."

Nach kurzer Sitzung vertagte sich die Synode auf 6 Uhr. Um diese Zeit soll dann die feierliche Einberufung des Landesbischofs stattfinden.